

# Die Verteilung der ausländischen Lebensmittel.

## Deutsche Nationalversammlung.

27. Sitzung am 14. April.

Am Ministertisch: Ernährungsminister Schmidt.  
Der Abg. Dietrich-Baden (Dem.) hat sein Mandat niedergelegt.  
Das Amtsgericht Iphoe beantragt die Zulässigkeit einer Strafverfolgung des Abg. Blund (Dem.).

Ein schwarzer Bewohner von Togo bittet in einem in tadellosem Deutsch abgefaßten Schreiben, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen alles aufzubieten, damit Togo deutsch bleibt. (Beif.)

Auf der Tagesordnung steht eine sozialdemokratische Interpellation: Ist der Reichsregierung bekannt, daß die Art, wie die Lebensmittel aus dem Ausland verteilt werden sollen sowie die hohen Preise dieser Lebensmittel und sonstige Maßnahmen in der Ernährungsfrage große Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen haben? Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Abg. Roehle (Soz.): Wir haben zum Reichsernährungsminister volles Vertrauen, wünschen aber Auskunft auf verschiedene Fragen. Die ausländischen Lebensmittel sollen nur an Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern gehen, obwohl auch in den kleinen und mittleren Städten die Not groß ist. Wir verlangen eine Verteilung nicht nach der Bevölkerungszahl, sondern nach der Bedürftigkeit. Die Entente trägt unsere Notlage gewiß aus. Aber die Verhältnisse werden noch verschlimmert durch die fortwährenden Streiks, deren Folge ein stetiges Sinken der deutschen Valuta ist. Gerade durch die Streiks der letzten Tage ist eine ganz wesentliche Verteuerung des ausländischen Fleisches und Fettes eingetreten. Unsere Arbeiter sollen das als eine ernsthafte Mahnung betrachten und sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. (Allseitige Zustimmung.) Den amerikanischen Weizen müssen wir mit 1 M. das Pfund Mehl bezahlen. Im Kleinhandel kostet dieses Mehl aber bis zu 2,50 M. das Pfund. Woher kommt dieser ungeheuerliche Aufschlag? In Berlin ist das ausländische Fett den Großhändlern überwiesen worden, anstatt es direkt an die Verbraucher abzugeben. Auch dadurch tritt wiederum eine Verteuerung ein. Im Roskoll müßten Lebensmittel zur Verfügung stehen, damit jeder Verbraucher, auch der Rinderbemittele, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann.

### Reichsernährungsminister Schmidt:

Die Interpellation gibt mir willkommene Gelegenheit, verschiedene Irrtümer und falsche Anschauungen der Interpellanten richtig zu stellen. Zweifellos ist in der Bevölkerung gegenwärtig manche Unzufriedenheit über diese oder jene Maßnahme vorhanden. Viele fragen, wo denn die eingeführten Lebensmittel bleiben, andere wieder behaupten, die ganze Sache sei nur vom Reichsernährungsamt unternommen worden, um die Bevölkerung zu beruhigen und in Wirklichkeit sei überhaupt nichts da. Der Dritte sagt, wenn das Reichsernährungsamt die Sache weiter leitet, würde alles in den Schleichhandel gehen. In der gegenwärtigen Zeit ist keine Lohtheit groß genug, um nicht gelaut zu werden. Die Bestände können natürlich nicht in dem Augenblick verteilt werden, wo sie im Hafen lagern und erst über ihre Verteilung Dispositionen getroffen werden müssen. Ich kann auch nicht mit der Verteilung warten, bis die Bestände so groß sind, daß ihre gleichmäßige Verteilung über das ganze Land möglich ist. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen und sie in den allgemeinen Verteilungsplan einordnen. Gegen die Überheißung, daß ich die Bevölkerung täusche, brauche ich mich nicht zu verteidigen. Der Schleichhandel kann in diesen Waren nicht Platz greifen, denn die Waren gehen direkt an die Kommunalverbände und sie haben das Recht, in eigenen Verkaufsstellen oder durch den Handel die Ware weiterzuleiten. Darüber wird ihnen von der Zentralstelle keine Vorschrift gemacht. Nur durch Betrug oder Diebstahl könnte die Ware in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Wenn von der allgemeinen Beunruhigung der Bevölkerung gesprochen wird, so darf ich auch sagen, was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt. Ich muß zu meinem Bedauern wahrnehmen, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmangels in erheblichem Umfange geplant wurden. (Hört! hört!) Und daß durch diese Vorgänge im Ausland der Eindruck erweckt wird, daß wir überhaupt nicht in der Lage sind, eine geordnete Verteilung vorzunehmen. (Hört! hört!) Diese Vorgänge mindern unseren Kredit und erschweren uns erheblich die Einfuhr. (Hört! hört!) Einer meiner Parteifreunde aus dem Ausland äußerte vor kurzem, man gewinne den Eindruck, als ob man in Deutschland der Spitzhaken in der Mäntelchen seien. (Hört! hört!) Ich antwortete, daß sei eine maßlose Übertreibung. Der Kern der Spitzhaken Bevölkerung sei gesund und wir würden auch mit den Spitzhaken fertig werden. Beunruhigt bin ich dadurch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können. (Hört! hört!), weil ihre Sicherheit nur so gewährleistet werden kann.

Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird, der ganze Geldverkehr in einer großen Stadt in Gefahr kommt. Die Folge ist, wenn wir die Finanzierung unserer Einfuhr nicht ermöglichen, daß die gestützten Abschlässe nicht zur Ausführung kommen und wir in neue große Schwierigkeiten mit der ganzen Lebensmittelversorgung gelangen. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege nach Deutschland befindlichen Lebensmittelschiffe, wenn wir nicht die finanziellen Mittel aufbringen können, noch auf der Fahrt umdirigiert werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. (Hört! hört!) Durch die Streiffrage, ob bei der Entlassung eines Angestellten diese oder jene Angestelltenliste mitzubestimmen hat, kommt die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung benachteiligt zu werden.

Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kali als Zahlungsmittel auszuwählen. Das ganze organische Talent des deutschen Volkes ist zu Bruch gegangen, unter der Wirtschaft, die nicht das Interesse der Gesamtheit, sondern das eigene Interesse in den Vordergrund stellt. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Erwerbsgruppe unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf die uneingeschränkte Erfüllung ihrer Forderungen bestehen, die Bergarbeiter haben uns durch ihre Ausstände so schweren Schaden zugefügt, daß sie selbst durch eifrige Arbeit in den nächsten Monaten ihn nicht wieder ausmerzen können. Wenn die Arbeiter eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich: Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gesetzt, als die Bergarbeiter durch ihre Ausstände. Und (mit erhobener Stimme): wenn in der Bevölkerung Unruhe vorhanden ist so möge diese Unruhe sich an die einzig Schuldigen halten. (Beif. u. Zustimmung.)

Was nun die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so habe ich zunächst angeordnet, daß das in Hamburg angelassene Weizenmehl, da es doch für das ganze Land nicht ausreicht, in Hamburg, Altona, Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg verteilt werden soll, und zwar weil diese Städte bisher unzweifelhaft besonders schwer gelitten haben, und weil der Transport nach diesen Orten von Hamburg aus am bequemsten und am schnellsten erfolgen kann. Ich glaube, namentlich die sächsischen Städte können den Beweis ihrer Bedürftigkeit in der Beziehung mit Leichtigkeit liefern, und keine Stadt ist in der Lebensmittelaufuhr so schlecht bestellt gewesen wie z. B. Leipzig. Ich werde mich daher durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, diese bevorzugte Lieferung durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung für notwendig auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie berufen sind, unser Wirtschaftsleben wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zweifellos zu einem erheblichen Teile in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. (Sehr richtig!)

Im übrigen stelle ich ausdrücklich fest: es soll niemand zu rückgestellt werden, auch die kleinsten Städte werden bedacht werden. Für den Augenblick handelt es sich nur darum, wohin die Bestände, die in beschränktem Umfang vorhanden sind, zunächst geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: Dahin, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und das sind die Großstädte. Dieselbe bevorzugte Verteilung soll für den in Rotterdam lagernden Speck zugunsten des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes stattfinden. Es handelt sich hier um eine Arbeiterstadt, die volkswirtschaftlich außerordentlich wichtig ist, und die ich mit allen Mitteln zur Arbeit zurückzuführen suchen muß. Das gleiche gilt natürlich für den ober-sächsischen, ebenso wie für den sächsischen Bergbau. Ich bin selbst nicht sehr erbauet von dieser bevorzugten Lieferung. Denn es gibt Arbeiter, die ebenso schwer arbeiten wie die Bergarbeiter (Sehr richtig!), und die darguflin mit Recht denselben Anspruch für sich erheben. Aber ich habe mich schließlich doch entschlossen, die Grenze bei den Bergarbeitern zu ziehen, weil der Bergarbeiter in seiner ganzen Ernährungsweise unglücklicher gestellt ist, weil er nicht die Essenspausen einhalten kann wie der Industriearbeiter nun zur Preisfrage.

Der Herr Interpellant hat sich darüber aufgeregt, daß die Preise es doch seien, und er hat angedeutet, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Die einzigen Schuldigen sind in dieser Frage in erhöhtem Maße wir selbst, weil nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens unsere Valuta fortgesetzt in ganz erschreckender Weise sinkt. Bei meiner Preiskalkulation vom 14. März konnte ich in Aussicht stellen, den Speck mit 8,37 M. das Pfund liefern zu können, durch das Sinken der Valuta ist der Preis am 10. April schon auf 10,82 M. gestiegen. (Hört! hört!) Ähnlich liegt die Sache beim Mehl. Bei der Verteilung des Mehls habe ich die Absicht, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, neben dem guten teuren Mehl ein minder gutes zu billigerem Preise zu kaufen. Ich nehme an, daß die besser-bemittelte Bevölkerung vorzugsweise das teure Mehl kaufen wird und das billigere der minder-bemittelten Bevölkerung überläßt. Allerdings bin ich der Meinung, daß ein großer Teil der Arbeiter heute sonst verdient, daß er auch das teure Mehl kaufen wird. Man hat meine Brotpreispolitik bemängelt. Ich brauche einen Aufschlag von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. (Hört! hört!) Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Hätten wir für die Großbetriebe der Landwirtschaft Kohlen, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich aber die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus teurem ausländischen Mehl hinzufüge, so erhalte das bei dem Preise von 20,64 Dollar für die Tonne amerikanischen Weizens, insgesamt ein Defizit für die Reichskasse von über 1 Milliarde Mark. Ich kann aber die Reichskasse bei der Finanzlage nicht in Anspruch nehmen, ich bin überhaupt nie ein Freund von Reichssubventionen gewesen. Dieses Defizit erhöht sich noch um 1,5 Milliarden durch das Mehl, das ich für den Ausfall an Kartoffeln zur Verfügung stellen muß. Ich habe aber überhaupt keine sichere Disposition, denn ich weiß nicht, was ich hereinbekomme. Die Entente hat nur zugesehen, daß ich dieses Getreide einführen darf, aber wo ich es her bekomme, weiß ich nicht. Also muß ich auf den Preis des Mehls ein Risikoprämie hinzuschlagen. Haben wir in den nächsten Wochen größere Zufuhren, so kann ich den Preis wieder herabsetzen. Wenn meine Kalkulation nicht stimmt, muß die Reichskasse natürlich das Defizit tragen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Prollarte ein größeres Quantum Mehl entnommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl, die Minderbemittelten Brot entnehmen. Ich verleihe also die Getreidewirtschaft in die Brotwirtschaft und komme damit den Bedürftigen zu Hilfe, daß sie zu billigen Preisen Brot kaufen können. In Arbeiterkreisen ist das Verständnis für eine gesunde Preisbildung nicht vorhanden. Die Müller verlangen höheren Mähdlohn, weil die Ähne gestiegen sind. Damit steigt auch der Preis des Mehls. Die Bierbrauer verlangen ebenfalls höhere Bierpreise wegen der Löhne. Wenn wir aber den Bierpreis fortgesetzt erhöhen, werden wir schließlich kein Bier mehr trinken können.

Für die Verteilung der Eingänge aus dem Auslande konnten wir eine neue Kriegesgesellschaft gründen oder eine große Speiditionsfirma beauftragen. Ich habe das letztere gewählt, denn ich habe keine große Begeisterung für Kriegesgesellschaften. Ich gründe keine neue Kriegesgesellschaft. Die Speiditionsfirma hat nun die Verantwortung zu tragen. Es geht aber nicht an, daß jede Gemeinde gerade so behandelt wird, wie sie es wünscht. Ein trauriges Kapitel ist, daß wir im November 95 Millionen Doppelzentner Ähnen zählten, aber nur 85 Millionen Doppelzentner verarbeitet sind. Die meisten sind verkauft oder als Viehfutter benutzt worden, denn die Fabriken hatten keine Arbeitskräfte und keine Kohle, weil die Bergarbeiter streikten. Arbeitermangel und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker haben und auch keine Marmelade haben. Der Mundzucker der Haushaltungen wird aber nicht zugunsten der Marmeladenfabriken gelüßt werden. Den Konfitürenfabriken steht Zucker zur Verfügung, denn als wir die Bombonfabrikation stark einschränkten, beklagten sich die Arbeiter über Arbeitslosigkeit. Wir müßten eigentlich die Zigarreneinfuhr verbieten, um andere Lebensmittel dafür einführen zu können, aber ich würde großem Widerspruch begegnen, ebenso wie wir eine Zigarre hin und wieder gestatten müssen, müssen wir der Bevölkerung auch die kleinen Bekleidungs der Konfitüren lassen. Die Bombons sind gewissermaßen die Zigarren der Frauen. (Heiterkeit.) So wenig ich das eine ganz verbieten kann, so wenig das andere, obwohl beides wirtschaftlich nicht ganz notwendige Ausgaben sind. (Sehr richtig!)

Allgemein kann man von einem Eierwucherer nicht sprechen. Die Eierpreise schwanken, wo der Handel tatsächlich übermäßig hohe Preise nimmt, sollte man ihm die Hand-erlaubnis entziehen. Weshalb ist die Zwangsbewirtschaftung der Eier aufgehoben? Weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand. Und dann hatten gerade die Kleinbauern die Aufhebung der Eierbewirtschaftung verlangt. Die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Auch deshalb dieses Entgegenkommen. So wenig ich die Bergarbeiter zur Arbeit zwingen kann, so wenig kann das bei Kleinbauern mit der Eierlieferung geschehen. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen wertvolleren Bundesgenossen, als die deutsche Arbeiterschaft. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in der Not. (Beifall.)

Abg. Schäfer (Ztr.): Der Streit müßte jetzt überhaupt als Kampfmittel auscheiden und das Schiedsgerichtverfahren an seine Stelle treten. (Sehr richtig!) Eine Verbilligung der Preise ist unbedingt notwendig. Man könnte die ausländischen teuren Lebensmittel dem Bestellten vorbehalten. Man könnte auch die Inlands- und Auslandsware zusammen verrechnen und so zu einem Durchschnittspreis kommen. Der dritte Weg wäre die Uebernahme der Mehrkosten auf Reich, Staat und Gemeinden. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Im übrigen muß sie möglichst schnell abgebaut werden. (Beifall im Ztr.)

Abg. Dr. Vershofen (Dem.): Der Verteilungsplan des Herrn Ministers findet im allgemeinen unsere Zustimmung. Wenn unter den Bergarbeiterbestritten das Siegerland nicht ausdrücklich genannt worden ist, so ist das wohl nur ein Zufall. Weniger klar liegen die Dinge einseitig noch auf dem Gebiete der Preispolitik. Der hundertprozentige Aufschlag wird auf der einen Seite in der Landwirtschaft eine leicht begreifliche Erzeugung über die kolossale Preisdifferenz, zwischen dem einheimischen und dem auswärtigen Produkt, hervorrufen und er wird andererseits die arbeitende Bevölkerung dazu bringen, noch höhere Lohnforderungen zu stellen. Darüber hinaus ist aber damit ein ungeheuer starkes Stimungsellement verbunden; die Verteuerung eines solchen Produktes wirkt stimmungsverschlechternd auch bei denen, die an sich zahlungsfähig sind. (Sehr richtig!) Ueber diese 100 Prozent hinaus wird die Ware noch verteuert durch die Beteiligung der Kommunen. Ich bin dafür, die Kommunen auf diesen Gebieten ganz auszuschalten. (Beifall.) Als Aufsicht- und Kontrollbehörden lasse ich mir die Kommunen allenfalls gefallen, als Verteilungsstellen sind sie aber gar nichts nütze. (Sehr richtig! und Zustimmung.) Ich frage lediglich: Wer bedient mich am besten? und ich antworte: das ist der Handel. (Beifall.)

Was uns jetzt allein noch retten kann, ist die Arbeit. Wir müssen versuchen, durch eine unerschütterliche und sparsame Organisation der Arbeit unsere Valuta wieder aufzubessern, und damit die Preise abzubauen. Wenn wir nicht dahin kommen, wieder zu arbeiten und Arbeitsprodukte zu exportieren, dann werden wir Menschen exportieren müssen. Das ist schließendlich das Beste, wir organisieren die Auswanderung als letztes Mittel gegen den Hunger. (Zuruf: Wo hin?) Die Frage ist schwer zu beantworten, aber gerade deshalb sage ich: wir müssen mit allen Mitteln dahin arbeiten, wieder Arbeit zu exportieren, und das zu erreichen, trave ich dem deutschen Volk immer noch die nötige Kraft und die nötige Energie zu. (Beifall b. d. Dem.)

Abg. Urstadt (D.-Nat.): Wir erkennen dankbar an, daß der Minister Mut genug gezeigt hat, die Verhältnisse so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen. Hoffentlich schadet ihm das nicht bei seinen Parteigenossen. (Heiterkeit.) Zu Angriffen auf die Landwirtschaft liegt kein Grund vor, denn die Landwirtschaft hat viel geleistet für die Ernährung unseres Volkes.

Abg. Dufche (D. Nat.): Meine Fraktion billigt es, daß die Brotpreise nicht wegen des teuren Auslandsmehls erhöht werden. Wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, werden auch die Preise der ausländischen Lebensmittel sinken.

Abg. Wurm (U. Soz.): Der sozialdemokratische Minister hat heute ungeteilten Beifall der gesamten agrarischen Mitglieder erhalten, während in seiner eigenen Fraktion verlegenes Schweigen herrschte. Von Konservativen ist noch niemals in solcher Weise den Arbeitern allein die Schuld an den Streiks zugeschoben worden wie von dem Minister Schmidt. (Hört, hört! b. d. Unab. Soz.) Durch die Streiks wird allerdings unser Volksermögen schwer geschädigt. (Große Bewegung und Lächeln.) Zwischenrufe b. d. Soz.) Aber die Schuld trägt die heutige Wobelpolitik der Regierung, die den Bergarbeitern erst jetzt das bewilligt, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Die Bergarbeiter streiken, weil sie bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen nicht mehr als sechs Stunden arbeiten wollen. (Zwischenruf: Wie war denn die Ernährungsunter Ihrer Ministerchaft?) Mit den ober-sächsischen Bergarbeitern haben wir uns in ganz kurzer Zeit verständigt. (Zuruf b. d. Soz.: Politische Streiks!) Daß die politischen Streiks diese Sache ausnützen, ist selbstverständlich. Sie müssen die positive Arbeit fördern und die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen.

Reichsernährungsminister Schmidt: Gegenüber der Behauptung des Vorredners, daß die Reichsregierung nichts getan habe, um den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrrevier entgegenzukommen, stelle ich zunächst fest, daß die sogenannte Reiner-Kommission, die die Leitung des Streiks in der Hand hat, sich während ihres ganzen Bestehens nicht ein einziges Mal mit ihren Forderungen an die Regierung oder auch nur an die Verwaltung gewendet hat. (Hört! hört!) Es ist auch durchaus unrichtig, daß die Zugeständnisse in bezug auf die Lebensmittelverteilung im Ruhrgebiet erst durch den Streik erzwungen seien. Ehe noch der Streik begann, ist die heutige Art der Verteilung beschlossen und zur Kenntnis der Arbeiter gebracht worden. Es ist auch nicht richtig, daß mit den Arbeitern gar nicht verhandelt worden sei. Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, wieder zur Arbeit zurückzulehren, so mögen sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Ruhrgebiet richten; bis jetzt haben sie das Gegenteil getan. (Sehr richtig!)

Abg. Thiele (Soz.) bezieht, daß die Lebensmittelversorgung durch die Revolution in erheblichem Umfange beeinträchtigt worden ist, und verweist auf die großen Vorräte des Meeres, aus denen noch viel für die Volksernährung bereitgestellt werden könnte.

Oberst Wais: Aus den militärischen Vorräten ist bereits alles, was nicht unbedingt notwendig gebraucht wird, dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt worden. Damit schließt die Ausrede. Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Anfragen, Minister-Vorlage, Ermächtigungsgesetz, Ratsgesetz und Wahlprüfungen.